



The logo for 'eupopp' features a stylized 'e' composed of two overlapping circles, one blue and one green, followed by the text 'eupopp' in a blue, lowercase, sans-serif font.



# Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Konsummuster in Europa

Kurzinformation

Juli 2011





## Kontakt | Impressum | Projekt Partner



### Ansprechpartnerinnen

Dr. Bettina Brohmann / Regine Barth  
Projektkoordination

#### Öko-Institut e.V. Büro Darmstadt

Rheinstraße 95, D-64295 Darmstadt

Tel.: +49 (0)6151 - 81 91 - 0

Fax: +49 (0)6151 - 81 91 - 33

[www.oeko.de](http://www.oeko.de)

[b.brohmann@oeko.de](mailto:b.brohmann@oeko.de); [r.barth@oeko.de](mailto:r.barth@oeko.de)

### Partner & Logos



**National Consumer Research Centre**, Finland

[www.ncrc.fi](http://www.ncrc.fi)



**University College London**

[www.econ.ucl.ac.uk](http://www.econ.ucl.ac.uk)



**Baltic Environmental Forum**

[www.bef.lv](http://www.bef.lv)



**ecoinstitut Barcelona**

[www.ecoinstitut.es](http://www.ecoinstitut.es)



**Institute for Social-Ecological Research**, Frankfurt

[www.isoe.de](http://www.isoe.de)



**ICLEI - Local Governments for Sustainability**

[www.iclei.org](http://www.iclei.org)

### Projektwebsite

[www.eupopp.net](http://www.eupopp.net)

### Herausgeber

EUPOPP Partners

### Layout

[www.3fdesign.de](http://www.3fdesign.de) - Darmstadt

### Bildnachweis

**Fotolia.de:** Titel\_rechts und links\_2 © Daniel Schönen, Titel\_links\_1 und 6\_1 © Viona Westermann | **Gettyimages.de:** : Titel\_links\_3 © PhotoDisc | **iStockphoto.de,** Seite 7 und 6\_2 © Peter Burnett | **shutterstock.de:** Seite 9

# 1 Förderung nachhaltiger Konsumpolitik in Europa



Fast vier Jahrzehnte nach dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ an den „Club of Rome“ und zwei Jahrzehnte nach dem Rio-Gipfel zu Umwelt und Entwicklung wird zunehmend deutlich, dass wir uns die derzeitigen Konsummuster mittel- bis langfristig nicht mehr leisten können. Die durch den Konsum verursachten steigenden Energiepreise und die sich zuspitzenden Ressourcenknappheiten sowie die wachsende Besorgnis über den globalen Klimawandel machen es notwendig, den Konsum zu überdenken: Entscheidungsträger, Industrie und Verbraucher stehen gleichermaßen vor der Herausforderung, Konsummuster auf individueller und gesellschaftlicher Ebene zu verändern und gleichzeitig die Lebensqualität zu erhalten bzw. zu steigern.

Die politischen Entscheidungsträger in der EU und den Mitgliedsstaaten haben dies erkannt. In den Bedürfnisfeldern Wohnen und Ernährung können wir eine zunehmende Anzahl an politischen Instrumenten beobachten, die auf die Förderung eines nachhaltigen Konsums abzielen. Unsere Ergebnisse zeigen jedoch, dass die meisten dieser Instrumente ein viel höheres Einsparpotenzial haben als bisher realisiert wurde.

Im Hinblick auf die anstehende Revision des „EU-Aktionsplans für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik“ sowie als Vorbereitung für den Gipfel „Rio+20“ im Jahr 2012 beschäftigt sich dieses Kurzpapier mit den empirischen Ergebnissen eines dreijährigen Verbundvorhabens und macht Vorschläge für eine nachhaltige Konsumpolitik.

Das EU-Forschungsprojekt „Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns“ (EU-POPP) untersuchte aktuelle Konsumtrends, analysierte vergleichend zehn Fallstudien, die alle Regionen der EU abdecken, entwickelte Szenarien für zukünftige Auswirkungen integrierter Maßnahmenpakete im Bereich des nachhaltigen Konsums. Einen allgemeinen Überblick zu den wichtigsten Projektaktivitäten und Ergebnisse gibt die EUPOPP-Broschüre (in englischer Sprache unter [www.eupopp.net](http://www.eupopp.net)).

Das vorliegende Papier diskutiert mögliche Methoden zur Verbesserung der Verfahren und Instrumente für einen nachhaltigen Konsum mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnisfeldern Bauen/Wohnen und Ernährung. Insbesondere empfehlen wir hier Verbesserungen in den Bereichen Kompetenzbildung, Entwicklung systemischer Herangehensweisen sowie Schaffung von Politikkohärenz und Zusammenarbeit.

Das spezielle Ausrichten politischer Maßnahmen auf die Nachfrageseite von nachhaltigem Konsum ist eine notwendige, trotzdem heikle Voraussetzung für ein ökologisches und ausgewogenes Wirtschaften in Europa. Es wird zunehmend klarer, dass Maßnahmen auf der Angebotsseite zwar sehr effektiv sein können, langfristig jedoch nicht ausreichen, insbesondere in den hier betrachteten Kernbereichen Ernährung und Wohnen/Bauen.



## 1.1 Bedürfnisfeld Ernährung

Die Ernährung hat eine hohe Relevanz für die Nachhaltigkeit, lässt sich aber politisch nur schwer instrumentieren. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens sind die Esskulturen innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Der Lebensmittelkonsum ist in die jeweilige Kultur eingebettet und eng verknüpft mit Lebensstil, Qualitätsansprüchen, unterschiedlichen Ernährungskompetenzen, gesundheitlichen Überlegungen, Einkommen und Alltagsabläufen und eignet sich daher nicht für universelle Lösungsmuster. Zweitens sind die ökologischen und sozialen Auswirkungen von Lebensmittelproduktion und -konsum viel weniger kontrollierbar und viel heterogener als zum Beispiel im Bereich Bauen und Wohnen (insbesondere bei der Energie).

Um ein Beispiel zu nennen: Die mengenmäßige Bestimmung von Treibhausgasemissionen jenseits der landwirtschaftlichen Produktionsphase ist nach wie vor schwierig. Bestimmte Lebensmittel wie Rindfleisch oder stark fetthaltige Molkereiprodukte haben vergleichsweise hohe ökologische Auswirkungen, deren Belastungen für die Nachhaltigkeit auf der Produktionsseite durch politische Instrumente schwer zu beeinflussen sind. Dies bietet den Spielraum, das Bedürfnisfeld eher von der Nachfrageseite her zu adressieren.

## 1.2 Bedürfnisfeld Bauen und Wohnen

Im Bedürfnisfeld Wohnen gibt es gute Erfahrungen mit effektiven und effizienten Instrumenten zur Förderung nachhaltiger Verhaltensweisen. Dennoch besteht auch hier noch ein signifikantes Potenzial zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, Haushaltsgeräten und Heizsystemen.

Um dieses Potenzial auszuschöpfen, müssen sich Entscheidungsträger in der EU und auf nationaler Ebene anspruchsvollere Ziele setzen. Damit es nicht zu Rebound- und Trittbrettfahreneffekten kommt, müssen entsprechende Gegenmaßnahmen bei der Gestaltung von politischen Instrumenten vorgesehen werden. Dazu bedarf es auch der Einführung sanktionierbarer Verpflichtungen sowie einer besseren Überwachung, vor allem bei der Vorgabe von Energieeffizienzstandards für Gebäude im Bestand.

# 2 Nachhaltigen Konsum in Gang setzen

In beiden Bedürfnisfeldern sollten Entscheidungsträger den Ehrgeiz haben, Veränderungen zu mehr Nachhaltigkeit zu fordern und zu fördern – und zwar in Bezug darauf, welche Produkte und Dienstleistungen Menschen kaufen können, tatsächlich kaufen und wie sie diese verwenden und entsorgen. Dafür sind Marktstrukturen und -mechanismen zu fördern, die Innovationen, Effizienz (Ressourcen und Energie) sowie die Qualität von Waren und Dienstleistungen begünstigen und Verbraucher in die Lage versetzen, verantwortungsvolle Konsumentscheidungen zu treffen. Darüber hinaus sind sektorale Verfahren so zu integrieren, dass Nachhaltigkeitsbotschaften, -ziele und -maßnahmen über die Grenzen von Politikfeldern hinweg konsistent und synergistisch sind



## 2.1 Mehr als finanzielle Anreize: Unterstützung nachhaltiger Entscheidungsstrukturen

Konsumverhalten findet nicht isoliert statt und geht über eine individuelle, im eigenen Ermessen stehende Entscheidungsfindung hinaus. Menschen lassen sich in ihren täglichen Konsumententscheidungen von Gewohnheiten, Routinen und sozialen Normen leiten. Sie agieren innerhalb gemeinschaftlicher Versorgungssysteme, die beeinflussen, was und wie sie konsumieren können, wie einfach oder schwer der Zugang zu bestimmten Waren und Dienstleistungen ist und welche Informationen und Hilfestellungen für sie verfügbar sind. Dies umfasst physische Infrastrukturen ebenso wie die Organisation der Verteilung von Waren und Dienstleistungen. Es umfasst außerdem die wichtigen Interessengruppen, die Teil dieser Systeme sind, wie zum Beispiel Energieversorger und Einzelhändler, sowie die ihnen zugrunde liegenden Institutionen (Regeln, Normen und Werte). Verbraucher beeinflussen Versorgungssysteme durch ihre kumulierte Nachfrage und ihre Präferenzen in Bezug auf Produkte und Dienstleistungen, gleichzeitig jedoch sind sie in diese Versorgungssysteme eingebettet. Mit „Zuckerbrot und Peitsche“ bzw. Verpflichtungen und Vergünstigungen können dabei Veränderungen zugunsten nachhaltiger Konsummuster bewirkt werden. Dies reicht aber nicht aus. Entscheidungsträger auf allen Ebenen sollten sich dafür engagieren, Versorgungssysteme so zu gestalten, dass nachhaltige Konsumententscheidungen für Verbraucher einfacher und attraktiver werden.

Im Bedürfnisfeld Ernährung wären z. B. die Wahl nachhaltiger Lebensmittel zu fördern – etwa sollten in öffentlichen Kantinen mehr vegetarische Mahlzeiten eingeführt, Portionsgrößen geringfügig reduziert werden und gesunde Mahlzeiten mit geringen ökologischen Auswirkungen deutlicher beworben werden als Fleisch oder Süßspeisen. Im Bedürfnisfeld Wohnen wären ganzheitliche Programme zur Markttransformation zu fördern, um energieeffiziente Produkte oder die Finanzierung energetischer Altbausanierung attraktiver zu gestalten.

## 2.2 Mehr als Bewusstsein: Kompetenzbildung

Bewusstseinsbildung und Verbraucherinformation standen beim nachhaltigen Konsum lange im Vordergrund. Gleichzeitig zeigt sich immer wieder, dass es eine Kluft zwischen Bewusstsein und Handeln gibt: Verbraucher möchten zwar nachhaltige Konsumententscheidungen treffen, setzen dies jedoch häufig nicht in die Tat um. Für politische Entscheidungsträger eröffnen sich hier zwei Handlungswege: das Steuern von Konsumententscheidungen (z. B. durch Beschränkung von Wahlmöglichkeiten) und/oder langfristige Maßnahmen zur Kompetenzbildung.

Letztere sollten gleichermaßen an Verbraucher, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen und Akteure auf der Angebotsseite gerichtet sein. Es ist zum Beispiel viel wahrscheinlicher, dass Vorschriften zu gesunden, nachhaltigen Mahlzeiten in öffentlichen Kantinen effektiv durchgesetzt werden, wenn das Kantinenpersonal über die notwendigen Fachkenntnisse verfügt, wie nachhaltige Mahlzeiten beschafft, zubereitet und ansprechend präsentiert werden. Im Bereich Wohnen werden Energieeffizienzstandards für Gebäude viel wahrscheinlicher umgesetzt, wenn Dienstleister besser dafür geschult sind, Gebäudebesitzer über energieeffiziente Materialien und Technologien zu beraten. In beiden Fällen kann Vertrauen, sowohl zwischen Verbrauchern und Dienstleistern als auch in nachhaltige Produkte selbst, dazu beitragen, die Kluft zwischen Bewusstsein und Handeln zu überbrücken.

Kompetenzbildung bedeutet auch langfristiges Engagement, das über Informationskampagnen hinausgeht. Ein solch langfristiger Wissensaufbau könnte zum Beispiel durch Bildungseinrichtungen gefördert werden (Schulen, Berufsausbildung, Weiterbildungsprogramme),



indem systematisch Nachhaltigkeitsaspekte in die Lehrpläne aufgenommen werden. Bei der Ernährung kann dies die Förderung von Ernährungskennntnissen bei Schülern umfassen, und zwar im Hinblick auf die Einbindung von Gesundheits-, Lebensmittelsicherheits- und Nachhaltigkeitsaspekten in die tägliche Nahrungszubereitung. Im Bedürfnisfeld Wohnen kann eine Aufwertung des Themas Energieeffizienz und anderer Nachhaltigkeitsthemen bei der Berufsausbildung und Weiterbildung von Dienstleistern im Bausektor eine wichtige Rolle spielen. In beiden Bedürfnisfeldern könnte die systematische Schulung von Beschaffungs- und Verwaltungspersonal im Hinblick auf nachhaltige Produkte und entsprechende Beschaffungsroutinen auch Auswirkungen auf die „Kultur“ in diesem Bereich haben

### 2.3 Mehr als politische Instrumente: Konsistenz und Zusammenarbeit

Wenn systemische Veränderungen erreicht werden sollen, wie sie von EUPOPP befürwortet werden, erfordert dies koordiniertes Handeln und Zusammenarbeit. Dies könnte die größte Herausforderung für nachhaltigen Konsum darstellen. Technologische Innovationen, Effizienzgewinne und Maßnahmen auf der Angebotsseite, sowie politische Instrumente, die wiederum auf das Verbraucherverhalten abzielen, müssen genau aufeinander abgestimmt werden, um ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

Künftig sollte die EU eine größere Rolle bei der Bereitstellung eines konsistenten Rahmens für eine nachhaltige Konsumpolitik spielen. Ihr „Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik“ ist ein erster Schritt in diese Richtung, insbesondere, wenn Aspekte eines nachhaltigen Konsums systematisch in die anstehende Revision miteinbezogen werden. Dies umfasst:

1. Bündeln vorhandener Strategien und Maßnahmen: Eine Bündelung impliziert die Abdeckung von mehr als einer Konsumphase. Zum Beispiel sollte eine nachhaltige Produktpolitik, wie sie sich in der Ökodesign-Richtlinie darstellt, durch Maßnahmen ergänzt werden, die die besten verfügbaren Produkte für Verbraucher leichter erhältlich und erkennbar machen. Des Weiteren sollten eine derartige Produktpolitik und die relevante Abfallentsorgungspolitik aufeinander abgestimmt werden. Dies bedeutet auch den Aufbau eines politischen Instrumentariums, das verpflichtende Bestandteile („Peitsche“), wirtschaftliche Anreize („Zuckerbrot“) und langfristige Maßnahmen zur Kompetenzbildung umfasst.

2. Bessere Zusammenarbeit zwischen den Akteuren: Eine fortschrittliche, nachhaltige Konsumpolitik impliziert ein besseres Verständnis für Verbraucherinnen und Verbraucher, für ihre Bedürfnisse und Vorgehensweisen sowie für ihre Beziehung zu anderen Akteuren. Die EU sollte die Führung bei der Förderung gemeinschaftlicher Prozesse und langfristiger gesellschaftlicher Dialoge über Lebensqualität, Nachhaltigkeit und das Paradigma des Wirtschaftswachstums übernehmen.

3. Mehr Konsistenz zwischen Strategien und Maßnahmen: Die Effektivität nachhaltiger Konsumpolitik wird häufig von einer kontraproduktiven Politik auf der Angebotsseite behindert. Gleichzeitig zeigen unsere Ergebnisse, dass ein ergänzendes, wechselseitig unterstützendes politisches Instrumentarium entscheidend für eine effektive Politik ist. Daher ist es wichtig, dass die EU die Führung bei der Überprüfung vorhandener Strategien und Maßnahmen auf Unstimmigkeiten sowie bei der Einbettung neuer Maßnahmen in harmonisierte Instrumentenbündel übernimmt.

Die folgenden Abschnitte umfassen einige spezifischere Empfehlungen, wie diese Aspekte in der politischen Gestaltung der Bereiche Ernährung und Wohnen umgesetzt werden könnten. Die Empfehlungen für jedes Bedürfnisfeld stellen konsistente, politische Instrumentenbündel dar, deren Ziel es ist, die Politikvorschläge effektiver umzusetzen.

## 3 Nachhaltige Ernährung fördern



Moderate Veränderungen der durchschnittlichen Ernährungsgewohnheiten hin zu einer Ernährung mit mehr Lebensmitteln aus biologischem Anbau und weniger Fleisch könnten bis zum Jahr 2030 ca. 29 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente einsparen. Mehr als 71 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äq. könnten zusätzlich eingespart werden, indem in Privathaushalten bis zum Jahr 2030 zehn Prozent weniger Lebensmittel weggeworfen werden. Wir schlagen ein integriertes Maßnahmenpaket für einen nachhaltigeren Lebensmittelkonsum vor, das aus vier einander ergänzenden Elementen besteht; Die Förderung nachhaltiger Mahlzeiten im öffentlichen Verpflegungswesen, der Aufbau von Ernährungskennnissen durch die Förderung lokaler Initiativen und sozialem Lernen, die Reduzierung des Wegwerfens von Lebensmitteln und die Überarbeitung der Besteuerung von Lebensmitteln im Hinblick auf die Förderung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung.

### 3.1 Nachhaltigkeit bei der öffentlichen Verpflegung unterstützen

Insbesondere in Ländern, wo die öffentliche Verpflegung außer Haus weit verbreitet ist wie in Italien und Finnland sollten die Chancen zur Verbraucherbildung und Etablierung nachhaltiger Mahlzeiten genutzt werden. Dies bietet Multiplikatoreffekte, wenn Schulkinder Informationen über nachhaltige Mahlzeiten und Nahrungszubereitung nach Hause tragen. EU-Entscheidungsträger sollten erwägen, bestehende Initiativen für Beschaffungsrecht, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit in ein konsistentes Rahmenwerk für die öffentliche Verpflegung zu integrieren.

Parallel sind ganzheitliche Kriterien für nachhaltige Mahlzeiten sowie Ziele und Empfehlungen zu erarbeiten, um in öffentlichen Kantinen den Anteil an Lebensmitteln aus biologischem Anbau zu erhöhen und den Verbrauch von Fleisch und stark fetthaltigen Molkereiprodukten zu reduzieren. Dies sollte begleitet werden von einer Schulung des Kantinenpersonals. Auch wenn die Kompetenz für die Entwicklung und Umsetzung spezifischer politischer Maßnahmen in diesem Bereich bei den Mitgliedsstaaten liegt, sollten die Entscheidungsträger auf EU-Ebene mit gutem Beispiel vorangehen und durch einen ehrgeizigen Rahmenplan für die öffentliche Verpflegung eine Orientierungshilfe bieten.

### 3.2 Lokale Initiativen und soziales Lernen unterstützen

Zusätzlich sollten sich Entscheidungsträger ein ganzheitliches Verständnis von nachhaltiger Ernährung aneignen und lokale Behörden und andere Interessengruppen dabei unterstützen, maßgeschneiderte, realisierbare Maßnahmen für lokale Probleme und Belange zu entwickeln. Dies könnte Initiativen motivieren, deren Ziel es beispielsweise ist, die Treibhausgasintensität von öffentlichen Verpflegungsanbietern durch neue Kochrezepte zu reduzieren. Es könnte zudem alternative Strukturen der Lebensmittelversorgung fördern, zum Beispiel durch die Arbeit mit Einzelhändlern, lokalen Erzeugern und Verarbeitern.

Ein bekanntes Beispiel für solche lokalen Initiativen sind öffentliche „Veggie Days“ (vegetarische Tage) sowie lokale Initiativen in Restaurants, Schulcafeterias usw., die von Personen des öffentlichen Lebens unterstützt werden (Bürgermeister, Abgeordnete, lokale Berühmtheiten usw.). Des Weiteren ist es erforderlich, Finanzmittel besser verfügbar und zugänglich zu machen, um erfolgreiche lokale Initiativen in ganz Europa zu etablieren und zu verbreiten. Die EU mit ihrer signifikanten Erfahrung sollte die Hauptantriebskraft bei der Einführung neuer und Erschließung vorhandener Finanzierungsmechanismen in dieser Hinsicht sein.



### 3.3 Weniger Lebensmittel wegwerfen

Im Jahr 2006 wurden in Europa schätzungsweise 38 Millionen Tonnen Lebensmittel entlang des gesamten Lebensweges „entsorgt“. Zumeist kaufen die Menschen mehr Lebensmittel ein, als sie in einem bestimmten Zeitraum verbrauchen oder sie fehlinterpretieren das Mindesthaltbarkeitsdatum. Zudem werden verderbliche Lebensmittel oft nicht angemessen gelagert. Zum gegenwärtigen Stand gibt es in der EU keine politischen Maßnahmen, um diese Aspekte anzugehen, jedoch wurden erste interessante Studien dazu vorgelegt. EU-Entscheidungsträger sollten eine Führungsrolle gegenüber dem Einzelhandel übernehmen, um die Haltbarkeitsdaten von Lebensmitteln zu verlängern und Anreize zu entwickeln, die das Wegwerfen von Lebensmitteln reduzieren unter der Voraussetzung, die Lebensmittelsicherheit und Verbrauchergesundheit nicht negativ zu beeinflussen. Bestehende Foren, zum Beispiel „Runde Tische“ des Einzelhandels, sollten in diesen Prozess miteinbezogen werden. Gleichzeitig sollten Mitgliedsstaaten eine verbesserte Informationspolitik zum Haltbarkeitsdatum von Lebensmitteln unterstützen, beispielsweise mit Informationskampagnen und Verbraucherberatung vor Ort sowie durch Schulung und bessere Planung in öffentlichen Kantinen.

### 3.4 Besteuerung von Lebensmitteln überarbeiten

Der Erfolg einer nachhaltigen Konsumpolitik im Bedarfsbereich Ernährung hängt stark von Unterstützungsmaßnahmen auf der Produktionsseite ab. Vorhandene Strukturpolitiken wie zum Beispiel die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU, sowie die Lebensmittelsicherheit müssen umfassend auf ihre Konsistenz mit langfristigen Nachhaltigkeitszielen überprüft werden. Dieser Prozess wurde zwar in der EU und in vielen Nationalstaaten auf den Weg gebracht, ist jedoch noch weit davon entfernt, abgeschlossen zu sein.

In diesem Kontext sollte differenzierten Steuersätzen genauere Beachtung geschenkt werden, um Politikziele in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, öffentliche Gesundheit und Nachhaltigkeit von Lebensmitteln zu erreichen. Angesichts der Schwierigkeiten und hohen Kosten bei der Umsetzung effektiver Kontrollen und/oder einer Besteuerung „ab Hof“ sowie angesichts der Tatsache, dass solche Kontrollen Einflüsse ignorieren würden, die aus dem späteren Verlauf der Wertschöpfungskette stammen, zum Beispiel durch Lagerung und Verarbeitung, empfehlen wir dringend, dass das Problem auch von der Verbrauchsseite angegangen wird. Daher schlagen wir eine Steuer auf nicht-nachhaltigen Fleischkonsum vor.





## 4 Nachhaltiges Bauen und Wohnen fördern

Unsere Analysen zeigen, dass die meisten der vorhandenen Instrumente im Bereich Wohnen optimiert werden sollten, um das volle Potenzial auszuschöpfen, das diese Instrumente bieten. Dies zeigen unter anderem die Ergebnisse unserer Szenarioanalysen, die ein zusätzliches Einsparpotenzial bei Treibhausgasen von bis zu 400 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten durch neue und/oder verbesserte Politikinstrumente offenbaren. Um dieses Potenzial zu nutzen, schlagen wir ein Maßnahmenpaket vor, das aus vier Elementen besteht. Diese sind: die Optimierung und Stärkung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD), die Förderung ‚grünen Heizens‘, die Förderung der Markttransformation und die Förderung der weiteren Verbreitung von energieeffizienten Haushaltsgeräten.

### 4.1 Standards für energieeffiziente Gebäude optimieren und stärken

Energieeffizienzstandards für Gebäude sind ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiges Wohnen. Die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) und diesbezügliche nationale Umsetzungsmaßnahmen sind hierfür ein starkes Signal. In der Praxis ist die EPBD jedoch nicht effektiv genug, da es in den Mitgliedsstaaten an der Überwachung und Durchsetzung fehlt.

Um die Überwachung und Erfüllung dieser Richtlinie zu verbessern, sollte ein Register für Energieeffizienzdaten eingeführt werden, das auf bereits obligatorischen Energieeffizienzsertifikaten basiert. Ein weiteres wirksames Mittel, um die Zahl der energetischen Altbausanierungen zu erhöhen, könnte die Einführung einer Renovierungsverpflichtung im Moment des Besitzerwechsels sein, es sei denn, es kann bewiesen werden, dass die Energieeffizienz auf dem neuesten Stand ist. Dies würde außerdem die Energieeffizienz sehr direkt mit dem Immobilienmarkt verknüpfen, wo sie momentan kein wichtiges Kriterium für die Wertbestimmung einer Immobilie ist.

Diese Bemühungen müssen in der EU-27 durch finanzielle Unterstützungsprogramme für Hauseigentümer in großem Maßstab ergänzt werden (zum Beispiel mit Krediten zu niedrigen Zinsen oder Steueranreizen). Zusätzlich braucht es vielfach kompetente Beratung durch Baufirmen und Installationsunternehmen. So ist eine bessere Abstimmung zwischen bestehenden Vorschriften, Renovierungsanreizen und Energieberatung möglich. Hauseigentümern finden damit leichter Zugang zu effizienten und innovativen Technologielösungen und können diese einfacher umsetzen.

### 4.2 Grünes Heizen forcieren

Neben der Forderung nach mehr Energieeffizienz von Gebäuden sollte auch die systematische Überprüfung von Heizsystemen Priorität bei Entscheidungsträgern haben. Viele EU-Staaten haben bereits die individuelle Ablesung und Abrechnung erfolgreich als Standard umgesetzt. Insbesondere bei den neuen Mitgliedsstaaten in Zentral- und Osteuropa gibt es jedoch Nachholbedarf. Wir fordern die Entscheidungsträger in diesen Ländern daher auf, die individuelle Kontrolle über die Wärmeabgabe einzuführen und die dadurch realisierten Energieeinsparungen durch die individuelle Aufteilung der Heizkosten sichtbar zu machen.

Darüber hinaus sollte die weitere Verbreitung von grünen, das heißt effizienten und auf erneuerbaren Energien basierenden Heizsystemen durch geeignete politische Maßnahmen beschleunigt werden. Insbesondere schlagen wir vor, eine verpflichtende Mindestquote für „grünes Heizen“ in neu installierten Systemen einzuführen. Eine solche Quote würde sowohl für neue Gebäude gelten als auch im Falle des Austauschs von Heizsystemen. Obwohl wir eine EU-weite Quote befürworten, sollte die jeweilige Gesetzgebung nationale und regionale Unterschiede bei Heizsystemen berücksichtigen, zum Beispiel durch eine schrittweise Einführung und durch die Entwicklung von nationalen Richtwerten für grünes Heizen.



### 4.3 Energieeffiziente Haushaltsgeräte fördern

Um die Marktdurchdringung mit energieeffizienten Haushaltsgeräten zu verbessern und beizubehalten, schlagen wir vor, auf der erfolgreichen EU-Energieeffizienzkenzeichnung aufzubauen. Dieses Instrument sollte benutzerfreundlicher und transparenter gestaltet werden.

Dazu gehören wesentliche Verbesserungen in Bezug auf die Harmonisierung von Messskalen für alle einbezogenen Haushaltsgeräte und die Flexibilisierung von Energieklassen. Die Kennzeichnungskategorien sollten in vorgegebenen Zeiträumen gemäß der am besten verfügbaren Technologie auf dem Markt neu eingestellt werden. Idealerweise sollte dies von einer unabhängigen Institution durchgeführt werden und stellt eine europäische Version des Top-Runner-Programms dar, das in anderen Bereichen und Ländern erfolgreich praktiziert wird, so unter anderem in Japan. Zusätzlich zu diesem verbesserten Kennzeichnungsprogramm sollten die unteren Kennzeichnungskategorien nach einer regelmäßigen Überprüfung planmäßig auslaufen – so zum Beispiel alle Haushaltsgeräte unterhalb der Klasse „C“.

### 4.4 Markttransformation

Obwohl die oben angeführten Politikinstrumente für großen Fortschritt sorgen können, wenn sie gemeinsam und konsistent bei der Minderung der Auswirkungen des Wohnens auf die Nachhaltigkeit eingesetzt werden, sollten sie auch in ganzheitliche Programme zur Markttransformation eingebettet werden. Markttransformation, wie sie hier verstanden wird, umfasst eine Reihe von flankierenden Maßnahmen mit dem Ziel, langfristig die am besten verfügbaren Technologien auf dem Markt zu etablieren, Wissen, Kompetenzen und Vertrauen aufzubauen, um diese Technologien zu erkennen und in privaten Haushalten einzusetzen, und in Zusammenarbeit mit Energieversorgern Programme für das Nachfragemanagement auszuarbeiten. Wie im Bereich der Ernährung sollte auch hier die Priorität auf der Etablierung verpflichtender Standards für die öffentliche Beschaffung liegen. Des Weiteren schließt dies die Überarbeitung der bestehenden Besteuerung von Energie mit ein, sowie die systematische Berücksichtigung von Rebound-Effekten bei der Gestaltung neuer Maßnahmen im Bereich Wohnen und Energieverbrauch im Haushalt.

Derartige Programme zur Markttransformation versetzen alle beteiligten Akteure in die Lage, hocheffiziente Lösungen in den Segmenten Bauen, Heizen und Haushaltsgeräte besser zu erkennen, zu nutzen und zu vermarkten. In Übereinstimmung mit unserer allgemeinen Empfehlung zum Aufbau nachhaltiger Entscheidungsarchitekturen könnte dies wesentlich dazu beitragen, nachhaltige Konsumententscheidungen einfach und wünschenswerter für individuelle Verbraucher zu machen, insbesondere bei langfristigen Investitionen.



## 5 Schlussbemerkung



Die Antriebskräfte für steigenden Konsum sind komplex und können nicht zufriedenstellend durch technologiebasierte Lösungen wie Effizienzstandards allein adressiert werden, was mittlerweile Wissenschaft und Politik gleichermaßen anerkennen. Trotzdem sind Instrumente und Forschung, die sich auf „Effizienz“ konzentrieren, viel ausgereifter als Forschungen, die den absoluten Verbrauch reduzieren wollen – und damit auch die Produktion mit ihren sozialen, ökologischen und makroökonomischen Auswirkungen einbeziehen. Während es in den vergangenen Jahren große Fortschritte gab bei der Forschung zu Fragen wie dem Verhalten individueller Verbraucher und Verbrauchergruppen, Lock-in-Effekte für Verbraucher und die Optimierung von Institutionen für nachhaltigen Konsum, gibt es einen steigenden Bedarf für (inter- und transdisziplinäre) Forschung zu den systemischen Einflussfaktoren des Konsums einschließlich Infrastrukturen und Institutionen sowie zur Rolle und zum Verhalten von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, auf den in der zukünftigen Arbeit eingegangen werden muss, ist die Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigeren Daten, um sowohl die Auswirkungen von Instrumentenbündeln als auch die entsprechenden Einflüsse auf die Nachhaltigkeit vorherzusagen. EUPOPP hat quantifizierte Hypothesen über die Reaktionen von Verbrauchern auf Instrumentenbündel verwendet. Diese müssen in der Folge weiter diskutiert werden und erfordern eine empirische Unterfütterung, beispielsweise aus Fallstudien, Experimenten, systematischer ex ante und ex post Evaluation und Folgenabschätzung. Relevante Datenerfordernisse liegen im Bereich Fleisch- und Molkereiprodukte sowie bei den Verbraucherreaktionen auf integrierte Instrumente und Instrumentenbündel. Auch bezüglich der Quantifizierung der Einflüsse auf die Nachhaltigkeit werden weitere Daten zum Lebenszyklus von Lebensmitteln benötigt – sowohl innerhalb Europas als auch außerhalb (um die Einflüsse aus Importen abschätzen zu können). Hier werden nicht nur bessere Treibhausgas-Emissionsfaktoren für die landwirtschaftliche Produktion (insbesondere beim biologischen Landbau) und die Lebensmittelverarbeitung benötigt, auch wichtige Themen wie Veränderungen bei der Landnutzung, Einfluss auf die Biodiversität und auf soziale Auswirkungen erfordern ein besseres Verständnis. Nicht zuletzt müssen die statistischen Informationen zum Lebensmittelkonsum verbessert werden, und zwar in Bezug auf eine Differenzierung (zum Beispiel zum Fettgehalt von Molkereiprodukten, Zusammensetzung von industriell verarbeiteten Lebensmitteln) und auf sozio-ökonomische Faktoren (unter anderem Beschäftigung und Geschlecht).

Insbesondere das Wissen über die geschlechtsspezifische Reaktion auf Instrumente für einen nachhaltigen Konsum ist begrenzt und beschränkt sich hauptsächlich auf Fallstudien zu Kennzeichnungen und anderen kommunikativen Instrumenten. Es gibt weitere Erkenntnisse aus geschlechtsspezifischen Folgeabschätzungen zu Umweltgesetzen und -vorschriften oder aus der Umsetzung von geschlechtsspezifischer Budgetierung. Es gibt einige Anhaltspunkte dafür, dass die zielgruppenorientierte Umsetzung von behördlichen oder marktbasierenden Instrumenten durch Kommunikationsmaßnahmen verbessert werden kann. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass ein Politikinstrument effektiver wirken kann, wenn Männer und Frauen nicht im Allgemeinen angesprochen werden, sondern in Verbindung mit anderen Aspekten von kultureller Diversität und sozialen Unterschieden. Trotzdem ist weitere Forschung notwendig, um besser zu verstehen, wie geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Gestaltung und Umsetzung von Instrumenten zum nachhaltigen Konsum berücksichtigt werden können.



## Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns – Das Projekt EUPOPP

Die Projektbroschüre, die unter [www.eupopp.net](http://www.eupopp.net) heruntergeladen werden kann, präsentiert die Ergebnisse des dreijährigen – von der EU Kommission geförderten – Forschungsvorhabens. Im Rahmen des EUPOPP Projektes wurde eine integrierte Bewertung der Auswirkungen derzeitiger nachhaltiger Konsumpolitik und des Nachhaltigkeitspotenzials möglicher zukünftiger Instrumentenbündel durchgeführt.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass vorhandene Bemühungen, die auf das Verändern von Konsummustern abzielen, zwar zu Resultaten führen, aber erheblich verbessert werden können. Die Zukunftsperspektive umfasst mehr systemische Herangehensweisen an nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion, die Verbesserung der Politikgestaltung und Umsetzung von Einzelinstrumenten sowie die Ausarbeitung kohärenter Maßnahmenpakete, die die politische Effektivität durch Synergien verbessern kann.

